

AUS DEM PARLAMENT DER DG

Die RSI-Schüler und Oliver Paasch

Marcel Strougmayr (SP) informierte sich bei Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB) nach zwölf BSI-Schülern, die den Ressortchef Anfang Mai unangemeldet aufsuchten. Zum Hintergrund: Die RSI-Schüler des siebten Jahres der Abteilung Familien- und Seniorenpflege fallen nach einer Reform aus dem Jahr 2006 in das neue Berufsbild des so genannten Pflegehelfers.

Da für sie nun eine Übergangsregelung zählt, können sie sich nicht automatisch als Pflegehelfer registrieren lassen. Dafür müssten sie bis zum Ende dieses Jahres in einer anerkannten Einrichtung beschäftigt werden und eine zusätzliche Ausbildung von 120 Stunden absolvieren. Deshalb forderten sie ein Gespräch.

Paasch meinte, die Konsequenzen der Reform seien bereits seit Beginn des Jahres 2006 bekannt gewesen und die betreffenden Schulen (RSI und MG) seien auch frühstmöglich informiert worden. Er selbst habe die Schüler wegen einer Besprechung nicht empfangen können. Ihr Verhalten - sie waren unangemeldet gekommen und während der Unterrichtszeit durch die Flure des Ministeriums gezogen - werde ferner in keinem Betrieb geduldet, weshalb der Schulleiter sie zurecht kritisiert habe. Die Regierung werde ihnen aber bei der Suche nach einer Anstellung helfen.

Pädagogische Befähigung

CSP-Sprecherin Gabriele Thiemann hakte bei Unterrichtsminister Oliver Paasch nach, ob die Autonome Hochschule (AHS) in der DG tatsächlich eine Ausbildung zum Erwerb der pädagogischen Befähigung anbiete, die man nicht an Universitäten erlangen könne. Ferner wollte sie wissen, ob diese Ausbildung bereits zum kommenden Schuljahr angeboten würde. Die Teilnahme eines Kurses in der DG spare Aufwand sowie Geld. Außerdem werde er auf Deutsch angeboten, was ebenfalls mit einer Erleichterung verbunden sei. Paasch erklärte, die Regierung habe eine »Task Force« eingesetzt, die zwei Möglichkeiten untersuche: die Durchführung einer »Agrégation« in der DG oder eine Weiterentwicklung der so genannten CAP-Kurse mit der Öffnung des CAP für alle Masterabsolventen. Auch wenn beide Möglichkeiten mit Vor- und Nachteilen verbunden seien, werde man im kommenden Schuljahr einen konkreten Vorschlag unterbreiten, um das Problem zu lösen.

Schulbauten als Passivhäuser

Ecolo-Sprecher Hans Niessen bat Unterrichtsminister Paasch um eine Auskunft in Sachen Umwelt- und Klimaschutz: Werde die Regierung ihrer Ankündigung nachkommen und Schulneubauten und Renovierungen nur noch im Passivhausstandard realisieren bzw. nur noch Schulinfrastrukturvorhaben mit Passivhausstandard bezuschussen? Bei allen Investitionen würden

zwei Ansprüche berücksichtigt, antwortete Paasch: die langfristige Absicherung der Finanzierung und die Nachhaltigkeit, was Energieeinsparung und Klimaschutz betrifft. Deshalb würden in den Lastenheften für PPP-Projekte beispielsweise entsprechende Energiestandards vorgesehen: Passivhausstandard für Neubauten, mindestens Niedrigenergiestandards bei Sanierung und Renovierung bestehender Bauten sowie Ausstattung aller Bauten mit Außensonnenbeschattung und mit Be- und Entlüftung mit Wärmerückgewinnung. Hans Niessen zeigte sich »begeistert«.